

Antrag

der Abgeordneten Angelika Mertens, Hans-Günter Bruckmann, Dr. Peter Danckert, Annette Faße, Norbert Formanski, Peter Friedrich (Altenburg), Iris Gleicke, Angelika Graf (Rosenheim), Klaus Hasenfratz, Gustav Herzog, Reinhold Hiller (Lübeck), Gabriele Iwersen, Konrad Kunick, Christine Lehder, Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Christoph Matschie, Heide Mattischeck, Gerhard Neumann (Gotha), Eckhard Ohl, Karin Rehbock-Zureich, Dr. Edelbert Richter, Gerhard Rübenkönig, Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Carsten Schneider, Karsten Schönfeld, Gisela Schröter, Wieland Sorge, Wolfgang Spanier, Rita Streb-Hesse, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Peter Struck und Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen), Franziska Eichstädt-Bohlig, Winfried Hermann, Helmut Wilhelm (Amberg), Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur Thüringen/Nordbayern im Rahmen des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit (VDE) Nr. 8 Schienenneubaustrecke Nürnberg–Erfurt–Halle/Leipzig–Berlin

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, in Abstimmung mit dem Freistaat Thüringen zunächst den Streckenabschnitt Erfurt–Ilmenau zu realisieren. Der Deutsche Bundestag wertet dies als einen qualifizierten Zwischenschritt für eine Nord-Süd-Schienenverbindung, der für Thüringen einen erheblichen verkehrlichen Nutzen beinhaltet und bereits getätigte Investitionen sinnvoll in die weiteren Planungen einbezieht.

Die Bundesregierung setzt damit ihre Politik der verlässlichen und verbindlichen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur auf höchstmöglichem Niveau fort. Alles andere hieße, Illusionen über die tatsächlichen Finanzierungsmöglichkeiten zu erzeugen. Mit dem „Investitionsprogramm für den Ausbau der Bundes-schienenwege, Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen 1999–2002“ hat die Bundesregierung zudem ein Zeichen dafür gesetzt, dass sie am Vorrang für den Aufbau Ost festhält.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, möglichst umgehend zu prüfen, ob und wie unter Wahrung der Verkehrsbedürfnisse des Freistaates

Thüringen und auf möglichst kostengünstige Weise die Nord-Süd-Schienenverbindung weiter ausgebaut werden kann.

Die Bundesregierung wird gebeten, dem Deutschen Bundestag hierüber zu gegebener Zeit zu berichten.

Berlin, den 14. März 2000

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion